



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Albrecht, E.: Hamburg und die Cholera : ein Wort der Verteidigung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sie leichten Herzens so große Militärforderungen bewilligen könnten. So dürften denn verschiedene Gründe die verschiedenen Bestandteile der Partei zu demselben für die Regierung unerfreulichen Ergebnis führen.

Um zum Schluß doch auch noch einen Punkt hervorzuheben, worin die nationalliberale Partei einig ist, so weisen wir auf ihr Verhalten gegen die katholische Kirche hin; wir sagen absichtlich die katholische Kirche und nicht den Ultramontanismus. Ihre Katholikenfeindschaft war den norddeutschen und den süddeutschen Nationalliberalen gemein, aber die Partei macht hierbei den Fehler, daß sie die geschichtlich gewordne katholische Kirche mit den überspannten hierarchischen Anforderungen der Hekkapläne verwechselt und so vielfach wenigstens das Kind mit dem Bade ausschüttet. Außerdem verkennet sie vollkommen, daß das Zentrum, so weit nicht kirchenpolitische Fragen maßgebend sind, durchaus volkstümliche Forderungen stellt und in manchen Beziehungen der nationalliberalen Partei geradezu als Vorbild dienen könnte. Im Zusammenhange mit diesem Verhalten gegen die katholische Kirche steht die einseitige Bevorzugung der Protestantenvereinsrichtung innerhalb der evangelischen Kirche, worin sich die Nationalliberalen wiederum mit den Freisinnigen berühren, ohne zu bedenken, daß ein wahrhaft freiheitlicher Standpunkt auf religiösem Gebiete die orthodoxe Richtung oder das positive Christentum ebensogut anerkennen müßte.



Hamburg und die Cholera

Ein Wort der Verteidigung



un die schreckliche Seuche, die länger als zwei Monate in Hamburg gewütet hat, erloschen ist, und die begreifliche Besorgnis, daß die Krankheit von Hamburg aus auch das übrige Deutschland ergreifen möchte, keinen fruchtbaren Boden mehr für die Verbreitung der abenteuerlichsten Erfindungen sensationslüsterner Reporter bildet, dürfte der Augenblick gekommen sein, einmal in ruhiger und sachlicher Weise die mannichfaltigen Vorwürfe zu besprechen, die gegen Hamburg, gegen seine Verfassung und Verwaltung und gegen seine leitenden Personen erhoben worden sind. Es liegt uns dabei fern, behaupten zu wollen, daß diese Vorwürfe in jeder Beziehung unberechtigt gewesen seien. Fehlgriffe und Unterlassungen sind vorgekommen, und wie bei jedem großen Unglück, das mit elementarer Gewalt hereinbricht, hat sich auch in diesem Falle wieder die Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen und der menschlichen Natur

gezeigt. Aber das behaupten wir, und wir wollen im folgenden den Beweis dafür zu bringen suchen, daß uns über diese allgemein menschliche Unvollkommenheit hinaus kein Vorwurf trifft, und daß unsre Zustände keineswegs so verrottet und verwerflich sind, wie man es, von unrichtigen Voraussetzungen und von einer gewiß sehr erklärlichen, aber deshalb nicht weniger bedauerlichen Unkenntnis unsrer Verfassungs- und Verwaltungseigentümlichkeiten ausgehend, auch in angesehenen und durchaus gemäßigten Zeitungen ausgesprochen hat. Uns hat ein großes Unglück getroffen, und es wäre sicherlich nicht nur unrichtig, sondern auch unwürdig, wenn wir behaupten wollten, daß es uns ohne unsre Schuld getroffen hätte; aber wir brauchen darum nicht vor Scham die Augen niederzuschlagen, sondern dürfen freien Blicks vor ganz Deutschland hintreten und sagen, daß bei uns nicht mehr und nicht ärgere Mißgriffe vorgekommen sind, als sie überall sonst auch vorgekommen wären. Wir haben vielleicht in Dingen gefehlt, in denen anderswo bei andern Einrichtungen keine Fehler gemacht worden wären, aber wir haben dafür auch Vorzüge gezeigt, die man an andern Orten nicht kennt. Wer glaubt, daß ihn ein derartiges Unheil wegen der Vorzüglichkeit der von ihm getroffenen Fürsorge nicht ereilen könne, und daß er sich in der Abwehr und der Bekämpfung des Unheils im allgemeinen besser bewährt hätte als wir, der werfe den ersten Stein auf uns!

Was zunächst die Frage betrifft, ob die von uns gegenüber der uns drohenden Cholera Gefahr getroffenen Vorbeugungsmaßregeln ausreichend gewesen seien, so wird hierbei von denen, die diese Frage verneinen, viel zu sehr nach dem Erfolge geurteilt. Zweifellos war in den ersten Tagen nach Ausbruch der Epidemie der Kranken- und Leichentransport nicht ausreichend; ebenso fehlte es an genügendem Raum für die Aufnahme der Kranken in den Krankenhäusern und der Leichen in den Leichenhallen. Aber konnten wir mit der Möglichkeit rechnen und hat irgend ein Staat Europas mit der Möglichkeit gerechnet, daß sich die Epidemie mit einer solchen rasenden Schnelligkeit über die ganze Stadt verbreiten würde? Unser Kranken- und Leichentransport war lange vor Ausbruch der Epidemie geregelt durch eine am 9. Mai 1890 erlassene, sehr zweckmäßige „Verordnung betreffend die Beförderung von Personen, welche mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind,“ wir hatten eine Anzahl sofort bei Ausbruch der Epidemie zur Verfügung stehender Krankentransportwagen und eine staatliche Sanitätskolonne. Der Grundstock also, mit dem später, durch Vermehrung der Cholerawagen und durch Verstärkung der Sanitätskolonne, ein selbst in den schlimmsten Tagen ausreichender Kranken- und Leichentransport eingerichtet wurde, war bereits vorhanden, und es wären auch nicht einmal augenblickliche Stockungen eingetreten, wenn sich die Epidemie von einem Mittelpunkte aus so allmählich ausgebreitet hätte, wie man dies nach aller menschlichen Voraussicht annehmen durfte. Ebenso standen schon

vor Ausbruch der Epidemie sechs Baracken mit hundertzwanzig Betten für die Aufnahme von Cholerakranken in den Krankenhäusern zur Verfügung. War irgendwo anders etwa mehr Vorsorge getroffen für den Fall des Ausbruchs der Epidemie, und hat man irgendwo geglaubt, daß die Epidemie in solchem Grade auftreten könne, daß z. B. vom 21. auf den 22. August die Zahl der täglich erkrankten von dreiundachtzig auf zweihundertacht, vom 24. auf den 25. August von dreihundertsiebenundsechzig auf sechshundertdreiundsiebzig, vom 25. auf den 26. August von sechshundertdreiundsiebzig auf neunhunderteinundneunzig stieg, daß die Zahl der durch die Sanitätskolonne täglich transportierten Kranken und Toten vom 21. auf den 22. August von vierundzwanzig auf zweiundachtzig, also um mehr als das dreifache, in die Höhe ging, am 24. August schon zweihundertachtundachtzig betrug und weiter in den nächsten drei Tagen derart stieg, daß am 27. August schon achthundertsechs Transporte auszuführen waren? Gleichwohl ist es in erstaunlich kurzer Zeit gelungen, den Kranken- und Leichentransport auf die Höhe der an ihn gestellten riesigen Anforderungen zu bringen und in den beiden großen öffentlichen Krankenhäusern durch Ausquartierung der andern Kranken, sowie durch eine außerordentlich schnelle Herstellung besondrer Cholerabaracken in den verschiedensten Teilen der Stadt soviel Raum zu schaffen, daß er schon in den schlimmsten Tagen Ende August ausreichte. Als Professor Koch am Ende der ersten Septemberwoche zum zweitenmale in Hamburg erschien, sprach er seine Bewunderung darüber aus, was man in der kurzen Zeit von kaum zwei Wochen geschaffen hatte, und erklärte, daß wir in Bezug auf Kranken- und Leichentransport, sowie in der Behandlung und Verpflegung der Kranken bisher Unerreichtes geleistet hätten, sodaß er hierin von uns nur lernen könne. Gewiß war dies Ergebnis zum großen Teile auf das kräftige und umsichtige Eingreifen der Polizeibehörde und der Krankenhausverwaltung zurückzuführen; aber ohne Zweifel ist es doch nur erreicht worden, weil die schon lange vor Ausbruch der Seuche geschaffne Organisation richtig gewesen, also nur eine größere Ausdehnung der bewährten Einrichtungen nötig war.

Hinfällig ist aber auch der weitere Vorwurf, daß wir nicht für eine genügende Absperrung der russischen Auswanderer Sorge getragen und namentlich ihre Abgänge nicht desinfiziert hätten, ehe sie in die Elbe gelangten. Wir unterlassen es hier, auf die von ärztlichen Autoritäten zu beurteilende, vonseiten Hamburgs bekanntlich entschieden bestrittne Frage einzugehen, ob wir wirklich die Cholera jenen Auswanderern zu verdanken haben. Denn selbst wenn dies nicht der Fall wäre, die Cholera vielmehr, wie es mehr und mehr wahrscheinlich wird, auf dem Wasserwege von Havre oder sonst aus Frankreich eingeschleppt worden wäre, so würde ein solches Verhalten bei der Behandlung der russischen Auswanderer nicht weniger unverzeihlich gewesen sein. Dieser schwere Vorwurf, der gegen uns zuerst in dem ersten offiziellen Be-

richte des Reichsgesundheitsamts erhoben wurde und von dort natürlich in die ganze deutsche Presse übergegangen ist, trifft uns aber nicht. Es ist unwahr, daß wir die Abgänge der in der Baracke untergebrachten Auswanderer ohne Desinfektion die Elbe hätten verunreinigen lassen; sämtliche Aborte der Baracke sind mit einer Desinfektionspülung versehen gewesen und dann noch einmal der Abfluß aller Aborte in einem gemeinsamen Becken desinfiziert worden, ehe er in die Elbe abgelassen wurde. Endlich sind aber auch die Auswanderer selbst sofort bei ihrer Aufnahme in die Baracke einer Desinfektion und Reinigung unterzogen worden, und sie sind so völlig von der übrigen Bevölkerung abgesperrt gewesen, daß Herr Bürgermeister Dr. Mönckeberg am 14. September d. J. in der Bürgerschaft amtlich versichern konnte, seit dem 21. Juli sei kein russischer Auswanderer mehr mit der übrigen Bevölkerung in Berührung gekommen. Damit ist dieser so schwere Vorwurf, der unserm Ansehen vielleicht mehr als jeder andre geschadet hat, widerlegt. Hamburg hat gegenüber den russischen Auswanderern unzweifelhaft seine Pflicht gethan. Eine völlige Zurückweisung dieser zum großen Teile aus verseuchten Gegenden stammenden Leute kam selbstverständlich so lange nicht in Frage und war so lange unausführbar, als das Reich und Preußen die russische Grenze offen und den Auswandererstrom ungehindert hindurch ließ. Hamburgs Sache war es nur, diese Leute, so gut es ging, von seiner Bevölkerung getrennt zu halten, und in diesem Punkte haben die Behörden gethan, was ihre Pflicht war.

Wir haben also in Bezug auf das, was man nicht mit Unrecht als Seuchenmobilmachung bezeichnet hat, unsre Sache zwar nicht besser, aber auch sicher nicht schlechter gemacht als andre, und wir müssen es uns alles Ernstes verbitten, daß man uns den Vorwurf macht, in unsrer Verwaltung habe ein unerhörter Schlendrian geherrscht.

Ebenso unbegründet ist aber auch die Anschuldigung, daß wir den Eintritt der Epidemie zu verheimlichen gesucht hätten. Nach dem Berichte des Direktors Professor Dr. Rumpf, unter dem unsre beiden öffentlichen Krankenhäuser stehen, ist von dem Augenblicke an, als sich der Verdacht ergab, daß nicht nur die in jedem Hochsommer in großer Anzahl auftretenden Brechdurchfälle und Cholerineerkrankungen vorlägen, sondern daß möglicherweise asiatische Cholera bei uns herrschen könnte, die sorgfältigste bakteriologische Untersuchung aller irgendwie choleraverdächtigen Erkrankungen angeordnet worden. Diese fortlaufend geführte Untersuchung hat erst am 22. August das Vorliegen des Kommabacillus gleichzeitig in zwei Erkrankungsfällen ergeben, worauf sofort noch an demselben Tage von dem Medizinalrat Dr. Kraus sowohl an seine vorgesetzte Behörde, als auch an das Reichsgesundheitsamt berichtet worden ist, daß die asiatische Cholera in Hamburg festgestellt sei; gleichzeitig ist davon der Bevölkerung durch die Presse Mitteilung gemacht worden. Von einer Vertuschung des wahren Sachverhalts,

wie sie bekanntlich in Frankreich während der diesmaligen Epidemie in hohem Maße betrieben worden ist, kann also in Hamburg keine Rede sein. Sobald unsre Sachverständigen die Cholera nachgewiesen hatten, und das war erst durch die Auffindung des Kommabacillus am 22. August geschehen, ist diese Thatsache aller Welt aufrichtig mitgeteilt worden. Allerdings ist nachträglich ermittelt worden, daß die von dem Medizinalbureau veröffentlichten täglichen Erkrankungszißern zu niedrig waren; aber dabei hat es sich lediglich, wie durch das statistische Bureau festgestellt worden ist, um Rechenfehler, freilich grobe Rechenfehler, gehandelt, die durch die plötzliche Geschäftsüberlastung des Medizinalbüreaus verursacht worden sind, und bei denen eine Absicht der Verheimlichung um so weniger angenommen werden kann, als auch schon die von dem Medizinalbureau veröffentlichten Zahlen erschreckend hoch waren. Ein Grund, warum man vierhundert Erkrankungen täglich veröffentlicht und zweihundert absichtlich verschwiegen haben sollte, ist nicht einzusehen. Auch ist der Bevölkerung mindestens kein Schaden dadurch erwachsen, daß es die ganze Höhe der Zahlen nicht sofort kannte; die Warnung, die schon in den vom Medizinalbureau veröffentlichten Zahlen lag, war ausreichend.

Geradezu unglaubliches aber ist in den Schilderungen der außerhamburgischen Presse über die Zustände geleistet worden, die hier während der Epidemie geherrscht haben sollen. Man stellte die Dinge so dar, als wenn hier alles drunter und drüber ginge, als wenn die Behörden und die Bevölkerung gleichmäßig den Kopf verloren hätten, und in Hamburg eine Unordnung und Planlosigkeit in Bezug auf die zur Bekämpfung der Seuche ergriffenen Maßregeln herrschte, die jeder Beschreibung spottete. In Wahrheit war gerade das Gegenteil der Fall. Die Polizeibehörde hatte, worauf wir schon in andern Zusammenhänge hingewiesen haben, innerhalb weniger Tage durch Ankauf einer großen Anzahl von Wagen und durch Verstärkung der Sanitätskolonne, den Kranken- und Leichentransport in ganz vorzüglicher Weise geregelt, die Krankenhausverwaltung hatte ebenso schnell Raum für die Cholerafranken geschaffen und teils hiesige teils auswärtige ärztliche Hilfskräfte in genügender Zahl herangezogen, und der Zentralfriedhof zeigte sich von Anbeginn an den an ihn gestellten riesigen Anforderungen durchaus gewachsen. In den während der Epidemie leerstehenden öffentlichen Schulen und andern öffentlichen Gebäuden wurden Desinfektionsanstalten errichtet, wo jederzeit Ärzte unentgeltlich zur Verfügung standen, Ratschläge und Warnungen der Behörden wurden durch Flugblätter und öffentliche Anschläge in der ganzen Stadt schnell und zweckmäßig verbreitet, vierzig staatliche Desinfektionskolonnen wurden zur Desinfizierung der von Cholerafranken bewohnt gewesenen Wohnungen gebildet, und die gesamte Bevölkerung nahm thätig teil an der von den Behörden in Angriff genommenen Rettungsarbeit.

Nachdem der erste Schreck überwunden war, begann sich in der an selbst-

Grenzboten IV 1892

ständiges, schnell zugreifendes Handeln gewöhnten Bevölkerung überall zu regen. Überall entstanden Sicherheits- und Hilfskomitees, teilweise im Anschluß an die bestehenden Bürgervereine, teilweise durch freies Zusammentreten angesehener Männer. Diese Komitees nahmen die Gesundheitskontrolle ihrer Bezirke, die Verabreichung von Desinfektionsmitteln, die Verteilung gekochten Wassers, sowie die Gewährung ärztlicher Hilfe, für Unbemittelte unentgeltlich, in die Hand, bildeten neben den staatlichen freiwillige Desinfektionskolonnen und begannen sich mit der Bekämpfung des bereits herannahenden Notstandes zu befassen. Um jedoch in letzterer Beziehung eine einheitliche Organisation zu schaffen, trat am 2. September ein aus allen Klassen und Ständen der Bevölkerung gebildetes „Notstandskomitee“ unter dem Vorsitzenden der Handelskammer zusammen, das den durch die Zeitungen bekannt gewordenen Aufruf erließ, einen Exekutivauschuß bildete, sich mit den bereits in einzelnen Bezirken bestehenden Hilfskomitees in Verbindung setzte und dort, wo derartige Bezirkskomitees noch nicht bestanden, solche schuf. Die Stadt und die Vororte wurden auf diese Weise in achtundzwanzig Bezirke eingeteilt, in denen die betreffenden Komitees, teilweise im Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie, Hilfsbedürftige ermittelten, Erkundigungen über Unterstützungsgesuche einzogen und die ihnen vom Zentralkomitee überwiesenen Gelder und sonstigen Gaben verteilten.

Diese aus freiem Entschluß hervorgegangene Organisation zur Bekämpfung des Notstandes hat sich im ganzen aufs beste bewährt, und wir glauben es getrost aussprechen zu dürfen, daß niemals eine größere Bürgerschaft dafür vorgelegen hat, daß die in so reichem Maße gespendeten Gaben auch zweckmäßig verwendet würden, als es hier der Fall war.

Es würde uns zu weit führen, wenn wir noch auf die sonstigen nach und nach getroffenen Maßregeln eingehen wollten, mit denen die private Wohltätigkeit auch die mittelbaren Folgen der Epidemie zu lindern bestrebt ist, auf die Gründung einer Darlehns- und Vorschußkasse für kleine Gewerbetreibende mit einem Garantiefonds von zwei Millionen Mark, auf die Tätigkeit der Miethilfsvereine und dergleichen. Uns lag hier nur daran, zu zeigen, wie unsre Behörden und unsre Bevölkerung, weit entfernt davon, zu erlahmen, aus dem Schrecken der Epidemie nach echt niederdeutscher Art nur neuen und stärkeren Antrieb zu entschloßener, planmäßiger Bekämpfung der Seuche entnahmen, und wie bewundernswürdig die Behörden mit der an Selbstthätigkeit gewöhnten Bevölkerung — die Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen — zusammen arbeiteten. Auch Ausschreitungen irgend welcher Art, die Begleiterscheinungen jeder Panik, sind bei uns nicht vorgekommen, die Bevölkerung bewahrte, wie es übrigens stets in Hamburg bei außergewöhnlichen Gelegenheiten der Fall ist, von Anfang an ihre gleichmäßig ruhige Haltung, und auf den Straßen war selbst in den schlimmsten Tagen nichts weiter auffällig, als

ihre ungewöhnliche Öde, die große Zahl der Leichenwagen und der in schnellstem Tempo dahinjagenden Krankenwagen.

Auch die Entrüstung über die Hamburger „Ausreißer“ erscheint uns sehr wenig angebracht zu sein, so begreiflich wir es auch andrerseits finden, daß man sie sich anderwärts möglichst vom Leibe halten wollte, und so wenig taktvoll es von einzelnen Hamburger Zeitungen war, über die Absperungsmaßregeln kleinerer deutscher Städte lärmend Beschwerde zu führen. Abgesehen davon, daß die Zahlen ohne Zweifel weit übertrieben waren, was sich teilweise daraus erklärt, daß schon zur Zeit des Ausbruchs der Epidemie viele wohlhabende Hamburger auf der üblichen Ferienreise von Hamburg abwesend waren, mußte man doch bei gerechter Beurteilung erkennen, daß sich, wie auch frühere Erfahrungen beweisen, bei einer derartigen Epidemie in jeder Stadt dieselbe Erscheinung gezeigt hätte. Vor allem kam es darauf an, daß die zu Hause blieben, die ihr Amt oder ihr Beruf dazu verpflichtete, der Senat, die Beamten, die Ärzte, die in der Bürgerschaft oder in der Selbstverwaltung thätigen Bürger; und diese waren alle an ihrem Plaze und haben jeder an seiner Stelle ihre Pflicht gethan. Auch hat sich gezeigt, daß die Flüchtlinge meist nicht zur seßhaften Hamburger Bevölkerung gehörten, sondern eingewanderte, mit Hamburg noch nicht eng verwachsene Elemente waren. Von einer Flucht der Hamburger „Patrizier,“ von der in sozialdemokratischen Blättern die Rede war, kann nicht gesprochen werden. Schnell reich gewordne Börsenleute und sonstige Emporkömmlinge bildeten das Gros der Flüchtlinge.

Wenn wir aber auch unser Urtheil dahin zusammenfassen, daß die Vorbeugungsmaßregeln der Verwaltung gegenüber der Epidemie nach menschlicher Voraussicht ausreichend waren, und daß die Seuche selbst kräftig, planmäßig und zweckmäßig bekämpft worden ist, so erhebt sich natürlich immer die Frage: Wie war es möglich, daß in Hamburg die Epidemie einen Charakter annehmen konnte, den man bisher in Europa an ihr noch nie wahrgenommen hat? Der Beantwortung dieser Frage darf sich Hamburg nicht nur im Interesse des Gesamt Vaterlandes, sondern auch im eignen Interesse nicht entziehen; denn nichts ist so geeignet, die Lebensfähigkeit und Lebensberechtigung seines selbständigen Staatswesens darzuthun, wie die Thatfache, daß sich Hamburg selbst völlig klar ist über den eigentlichen Sitz des Übels, dessen sichtbares Anzeichen diese schreckliche Seuche gewesen ist.

Mag auch über die Entstehungsursache der Epidemie in diesem Falle, sowie über die Art ihrer Übertragung von Mensch zu Mensch unter den Gelehrten noch so viel Uneinigkeit bestehen, so sind doch alle Sachverständigen und überhaupt alle verständigen Menschen darüber einig, daß die Epidemie keinen solchen Umfang hätte annehmen können, wenn unsre Wasserversorgung besser und unsre Wohnungsverhältnisse gesünder gewesen wären.

Was nun das erste betrifft, so thun uns die wirklich Unrecht, die in dem

unleidlichen Zustände unsrer Wasserversorgung ein Zeichen dafür sehen, daß Hamburg ein zu geringes Interesse für notwendige Dinge habe, die kein Geld einbrächten. Kein Vorwurf ist unbegründeter als dieser. Weiß man nicht, auf einer wie hohen Stufe unsre Volksschulen stehen, wie viel unsre Bauverwaltung für Herstellung freier Plätze und öffentlicher Anlagen thut, und daß wir erst jüngst für vierundeinehalbe Million Mark ein Krankenhaus errichtet haben, das die Bewunderung der ganzen Welt erregt, und von dem ein wohlunterrichteter Berichterstatter der Times, der uns wahrlich sonst nicht geschoht hat, erst jüngst, in Übereinstimmung mit Professor Koch, erklärt hat, daß es alles bisher dagewesene übertreffe, geradezu „ein Traum“ sei? Auch die lange Leidensgeschichte der Frage der Wasserversorgung, die bereits seit 1872 ununterbrochen, selbst nicht durch den uns aufgenötigten Zollanschluß unterbrochen, auf der Tagesordnung steht, spricht eher für alles andre, als für die Berechtigung dieses Vorwurfs. Niemals ist behauptet worden, daß eine Versorgung der Stadt mit genießbarem Trinkwasser zu teuer sei, im Gegenteil, alle Beteiligten sind gleichmäßig bestrebt gewesen, ohne Rücksicht auf die etwaigen Kosten die möglichst beste Art der Filtration des Elbwassers ausfindig zu machen. Daß wir darnach zu lange gesucht haben, daß das Bessere der Feind des Guten war, daß der durchgreifende Entschluß fehlte, das war hier, wie in so manchen andern Dingen, unser Unglück. So ereilte uns das tragische Schicksal, daß uns die Cholera zu einer Zeit überfiel, wo die Herstellung einer wirklich großartigen Filtrationsanlage für siebenundeinehalbe Million Mark nicht nur bereits beschlossen, sondern auch so weit gefördert war, daß wir Mitte nächsten Jahres aller Voraussicht nach auch in dieser Beziehung wohlgerüstet dastehen werden.

Man muß unsre Zustände kennen, um uns gerecht beurteilen zu können. Die schwache Seite unsrer Selbstverwaltung hat sich in diesem Falle unleugbar gezeigt. Die Langsamkeit des Geschäftsganges der Behörden und der gesetzgebenden Körperschaften unter einander, die Häufung der Instanzen, die jede Sache zu durchlaufen hat, die übertriebne Neigung der Laien, in den Verwaltungsdeputationen und in der Bürgerschaft in rein technischen Fragen mitzureden, das zu geringe Ansehen der höchsten technischen Beamten jedes Verwaltungszweiges gegenüber dem Laienelemente in den Deputationen, dem allein die Entscheidung zusteht, während der höchste Beamte fast in allen Deputationen nur eine beratende Stimme hat, alles dies hat zu der außerordentlichen Verschleppung der Trinkwasserangelegenheit geführt, ohne daß irgend einer Instanz oder irgend einer einzelnen Person hieraus ein Vorwurf zu machen wäre. Daß hier die bessernde Hand anzulegen sei, hatte man an maßgebender Stelle schon eingesehen, ehe die Choleraepidemie so besonders eindringlich daran mahnte. Schon lange beschäftigen sich unsre Behörden, vor allem der Senat, der hierin, weil er natürlich die Übelstände am schärfsten sieht, die treibende Kraft bildet,

damit, die Stellung der höhern Verwaltungsbeamten zu heben. Schritt für Schritt ist die frühere Subalternbeamtenwirtschaft, die genügte, so lange die Verhältnisse einfacher und kleiner waren, ausgemerzt worden, und schon jetzt nehmen fast in allen Verwaltungszweigen höhere Verwaltungsbeamte im preussischen Sinne die Stellen der bisherigen subaltern ausgebildeten Oberbeamten ein, die sich langsam von unten hinaufgearbeitet hatten. Auch eine völlig geregelte höhere Verwaltungslaufbahn nach dem Muster Preußens und andrer Bundesstaaten ist beabsichtigt und wird sich, wie wir nicht zweifeln, nach und nach ausbilden. Nur möge man in Hamburg wie anderswo nicht ungeduldig werden und die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten übersehen, die einer derartigen Regelung entgegenstehen und vor allem einen von vornherein ausgedachten einheitlichen Plan gänzlich unmöglich machen. Diese Schwierigkeiten liegen erstens in der Stellung, der Wahl und der Zusammensetzung des Senats, in der Frage, wie die Zuständigkeit der Senatsmitglieder gegenüber diesen hohen Beamten geregelt werden soll, und wie, zumal in einem so kleinen Staatswesen, den höhern Verwaltungsbeamten eine ausreichende Aussicht auf Beförderung geboten werden soll, sie liegen aber auch in der allgemeinen Frage, wie sich dieser höhere Beamtenstand in unsre Verfassung einfügen läßt, ohne daß damit die ihr zu Grunde liegende Einrichtung der Selbstverwaltung aufgegeben wird. Denn darüber ist man sich in Hamburg völlig klar, daß mit dieser seit Jahrhunderten bestehenden Einrichtung weder plötzlich noch überhaupt gebrochen werden darf, und die Vorgänge der letzten Zeit haben nur neue Gründe für die Richtigkeit dieser Ansicht geliefert. Hat sich doch gerade in diesen Wochen der Not und des Elends die aufopferungsvolle und thatkräftige Mitarbeit der Hamburger Bürgerschaft in einer Weise bewährt, wie es nur bei einer Bevölkerung denkbar war, die von langer Zeit her an selbständiges Wirken im Dienste des Gemeinwesens gewöhnt war.

Aus alledem wird man erkennen, daß bei uns die Dinge im Flusse sind, daß wir keineswegs blind sind für die Mängel unsrer Zustände, daß vielmehr unser ernstes und unausgesetztes Bestreben dahin geht, diese Mängel nach Möglichkeit zu beseitigen, und daß nur der berechtigte Wunsch, die Vorzüge unsrer Selbstverwaltung erhalten zu sehen, uns Schritt für Schritt nach sorgfältigster Erwägung vorgehen läßt und uns davon abhält, ohne weiteres Einrichtungen zu zertrümmern, die in der Vergangenheit unser Stolz gewesen sind und sich noch in der Gegenwart als gesund und lebensfähig erwiesen haben. Reformen thun unsrer Verwaltung not, das weiß man in Hamburg so gut wie anderswo; aber man möge nur nicht glauben, daß es in unserm oder im allgemein deutschen Interesse notwendig oder auch nur wünschenswert sei, die Grundlage zu beseitigen, auf der unsre Selbstständigkeit, unser Wohlstand und unser Wohlbefinden beruht.

Dazu drängt auch der letzte von uns zu erörternde Übelstand, nicht den

die Choleraepidemie grell beleuchtet hat: unsre Wohnungsverhältnisse. Auch hier wollen wir nicht mit unsrer aufrichtigen Überzeugung zurückhalten, daß diese Verhältnisse in der That einer Änderung dringend bedürftig, teilweise sogar ganz unleidlich sind. Aber eins wollen wir doch denen, die in diesem Punkte über uns besonders laute Klage führen, entgegenhalten: sind die Wohnungsverhältnisse in gesundheitlicher Beziehung in andern europäischen und insbesondrer deutschen Großstädten wirklich so unverhältnismäßig viel besser? Klagt man nicht auch dort über die mit dem riesigen Steigen der Grundrente zusammenhängende Verteuerung der Wohnungen? und hat nicht auch dort diese Verteuerung bei der unbemittelten Bevölkerung zu einem Zusammendrängen zahlreicher Menschen auf viel zu kleine Räume, zu dem Aftermiete- und Schläferwesen, den Mißständen der Mietkassernen, also gerade zu den Übelständen geführt, die in Hamburg namentlich eine so gewaltige Ausbreitung der Seuche bewirkt zu haben scheinen? Es mag zugegeben werden, daß einiges in dieser Beziehung durch schärfere baupolizeiliche Bestimmungen gebessert werden könnte. Allein man überschätze die Bedeutung derartiger Bestimmungen nicht! Erstens können die polizeilichen Vorschriften in Bezug auf die an die Häuser und einzelnen Wohnungen zu stellenden Anforderungen nur bis zu einem gewissen Grade verschärft werden, weil mit einer zu weitgehenden Verschärfung auch der Mietpreis wieder steigt und damit die beabsichtigte Wirkung wieder aufgehoben wird; zweitens haben gerade die Erscheinungen der Cholera in Hamburg ergeben, daß die Gesundheitsverhältnisse in den berücktigten Höfen und Gängen des sogenannten Gängeviertels nicht schlechter waren als in den neuen, unter der Herrschaft strengerer baupolizeilicher Vorschriften entstandnen Arbeitervierteln im Hammerbrook, in Barmbeck u. s. w. Als der entscheidende Übelstand ist in allen Stadtteilen die Verteuerung der Arbeiterwohnungen und das hierdurch verursachte Zusammenleben zu vieler Menschen auf kleinem Raume empfunden worden, und dieser Übelstand wird in seinen wesentlichen Wirkungen nicht eher beseitigt werden können, als bis das Mittel entdeckt ist, dem Arbeiterstande billige, seinen Einkommensverhältnissen entsprechende Wohnungen zu schaffen, d. h. bis eine Frage gelöst worden ist, die in allen deutschen Großstädten zur Zeit noch ihrer Lösung harret.

Dennoch erkennen wir es offen an, daß wir im einzelnen hier gar manches versäumt haben, und daß unsre Zustände schlechter sind, als sie sein sollten, auch schlechter vielleicht, als dies in andern Städten unter der Herrschaft strengerer Baupolizeigesetze der Fall ist. Aber auch hier muß man sich besser nach dem Grunde dieser Erscheinung umsehen, als es bisher geschehen ist, wo man nicht Worte genug finden konnte, die unerhörte, nur aus veralteten Einrichtungen erklärliche Nachlässigkeit unsrer Baupolizei zu rügen. Man wird dann erkennen, daß die Schuld nicht an unserm ganzen Staats-

organismus liegt, und daß es sich nicht um eine vollständige Änderung der Verwaltung, sondern um die Beseitigung einzelner Mißstände handelt. Wesentlich verantwortlich scheint hier die Bürgerschaft, in der der Grundeigentümerstand — allein vierzig der hundertundsechzig Mitglieder gehen aus Grundeigentümern hervor — eine bedeutende Rolle spielt, und die sehr von der freisinnig-manchesterlichen Anschauung beeinflusst wird, daß jede im öffentlichen Interesse gebotene Beschränkung des Privateigentums dem Grundeigentümer vom Staate mit Geld abgekauft werden müsse. Diese Kräfte haben dem in dieser Frage vorwärts drängenden Senat einen nicht unbedeutenden passiven Widerstand entgegengesetzt, sich nur ungern zur Verschärfung der auf dem Wege der Gesetzgebung festzustellenden baupolizeilichen Bestimmungen entschlossen, die hierauf gerichteten Senatsvorlagen verwässert und durch zu dehnbare Bestimmungen in ihrer praktischen Wirksamkeit beeinträchtigt. Es ist nützlich, daß man sich dies außerhalb Hamburgs vor Augen halte, und darnach den Wert der scharfen Angriffe bemesse, die aus der Mitte der Bürgerschaft gerade von denen erhoben werden, die sich in Sachen der Baupolizei immer zu Anwälten des Grundeigentümerinteresses gemacht haben. In Wirklichkeit thut weder die von diesen geforderte Beseitigung der durch Sachkunde sich auszeichnenden sogenannten Notabeln, d. h. der vierzig Bürgerschaftsmitglieder not, die aus Wahlen der Richter und der Laienmitglieder der Verwaltungsbehörden hervorgehen, noch die im weitem von jener Seite geforderte Reform des Senats an Haupt und Gliedern, der sich, wie sonst überall, gerade auch in der Wohnungsfrage den weiten Blick völlig gewahrt hat, sondern was vor allem in Frage kommt, das ist gerade das, was jene in der außerhamburgischen Presse vielfach unrichtig beurteilten Reformer nicht fordern: eine gewisse Eindämmung des zu kräftig sich geltend machenden Grundeigentümerstandes.

Ob und wie dies auszuführen sei, ist eine sehr schwierige, mit wenigen Worten nicht zu erledigende Frage und hier zu untersuchen nicht der Ort. Uns lag nur daran, zu zeigen, daß auch die in unsern Wohnungsverhältnissen zu Tage getretenen Schäden sicherlich nicht Anzeichen einer schweren allgemeinen Erkrankung unsers Staatskörpers, sondern höchstens Anzeichen eines örtlichen Leidens, eines zu bedeutenden Vorwiegens einer einzelnen Interessentengruppe in der Bürgerschaft sind. Hierin einen Mangel unsrer bürgerlich-republikanischen Einrichtungen finden zu wollen, wäre unbillig. Vielmehr lehrt die Geschichte, daß in allen Staatswesen — republikanischen und monarchischen, demokratischen und aristokratischen — einmal ein Zeitpunkt eintritt, wo sich die Verhältnisse derart geändert haben, daß das, was ursprünglich gut und richtig war, als ein sozialer Übelstand empfunden wird. Es ist menschlich-begreiflich, daß ein solcher Übelstand, der sich nach und nach und fast unmerklich geltend macht, erst dann klar zu Tage tritt, wenn ihn ein großes Unglück grell beleuchtet. Man sollte uns daher auch in dem Punkte

der Wohnungsfrage nicht allzu scharf tadeln, sondern sich klar machen, daß wir auch hierin nur gefehlt haben, weil wir Menschen sind, und weil Staaten menschliche und menschlicher Einseitigkeit unterworfenen Einrichtungen sind.

Hamburg

E. Albrecht



Goethe und die Brüder Grimm



ie viele Bücher, gleich dem vor kurzem veröffentlichten über Goethe und die Brüder Grimm von Reinhold Steig (Berlin, Wilhelm Herz, 1892), binnen heute und einem Jahrzehnt noch möglich sein werden, mögen sich die fragen, die ihr Leben und Wirken auf die Goethewissenschaft gestellt haben. Mit der Ausbeutung des Goethe-Schillerarchivs, mit der rüstigen Erschließung auch der letzten seither übersehenen oder übergangenen Quellen hält die Büchervermehrung gleichen Schritt, und man sollte meinen, daß in absehbarer Zeit schlechtthin alles veröffentlicht sein müsse, was überhaupt noch vorhanden ist. Freilich bleiben außerordentliche Glücksfunde noch immer möglich. Der Verfasser dieser Zeilen kannte einen jüngern Gelehrten, dessen großer Traum es war, durch die Veröffentlichung von Goethes Frankfurter Abschiedsbrief an Friederike Brion und jener Antwort der Pfarrerstochter, die dem jugendlichen Dichter das Herz zerriß, unsterblich zu werden. Man mochte hundertmal auf das Bekenntnis in den Annalen hinweisen, daß Goethe „aus entschiedner Abneigung gegen Veröffentlichung des stillen Gangs freundschaftlicher Mitteilung“ alle an ihn gerichteten ältern Briefe verbrannt habe, der Brave klammerte sich an die dort gedruckte Angabe „alle Briefe seit 1772“ und glaubte fest, daß Goethes wie Friederikes Brief aus dem Herbst 1771 auffindbar sein müßten. Ähnliche Visionen mögen manchen jungen Goetheforscher umgaukeln. Die Mehrzahl begnügt sich aber doch mit den noch reichlich vorhandenen Zeugnissen späterer Lebensstage und Lebensbeziehungen des Einzigen. Hierher gehört denn auch Steigs Buch über die Verbindung der Brüder Jakob, Wilhelm und Ludwig Grimm mit dem Dichterkönig, über den Einfluß, den Goethes Genius, Erscheinung und Lebensarbeit auf Jakob und Wilhelm Grimm geübt hat. Wird auch die Erzählung der Begegnungen und die Darstellung und Abwägung der geistigen Einwirkungen Goethes auf die Grimm und der jungen Gelehrten auf den soviel ältern Dichter hie und da etwas breitspurig, und muß man über die von Steig beliebte Apologie der Erfindungen Bettinas (Goethes Briefwechsel mit einem Kinde) den Kopf schütteln, so wird doch das Buch allen willkommen